



Gewerkschaft der Polizei

Hessen

Gewerkschaft der Polizei • Wilhelmstr. 60a • 65183 Wiesbaden

An die Fraktion der SPD
Herrn Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph

im Hessischen Landtag

Landesbezirk Hessen

Landesvorsitzender

Jens Mohrherr

Wilhelmstr. 60a

65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 99227-0

Fax: 0611 99227-27

jens.mohrherr@gdp.de

www.gdp.de/hessen

27.07.2023

Zeichen

Offene Fragen zur Landtagswahl am 8. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Rudolph,
sehr geehrte Damen und Herren der SPD-Landtagsfraktion.

Aktive Polizeibeschäftigte, Versorgungsempfängerinnen/-empfänger und Rentnerinnen / Rentner haben einen Informationsanspruch im Vorfeld der Landtagswahlen. Zur Wahlvorbereitung ist es unerlässlich, dass die Wählerinnen und Wähler hinreichend informiert sind.

Unsere Mitglieder haben uns diesbezüglich Fragen gestellt, die einer zeitnahen Beantwortung Ihrerseits bedürfen.

Um eine umfassende Transparenz zu gewährleisten, werden wir sowohl unsere Fragestellungen als auch Ihre Antworten veröffentlichen.

Die Reihenfolge unserer Fragestellungen ist nicht priorisiert.

Polizeibeschäftigte brauchen Wertschätzung und Rückendeckung – Schulterklopfen allein reicht nicht!

Verfassungswidrige Besoldung

Das Land Hessen verstößt seit über 9 Jahren gegen die verfassungskonformen Bestimmungen des Besoldungsrechts. Unabhängig der finalen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind die zwischenzeitlich getroffenen Maßnahmen der Landesregierung nicht geeignet, den verfassungswidrigen Zustand zu bereinigen.

Wie soll aus Ihrer Sicht dieser rechtswidrige Zustand beendet werden?

Wann und wie wollen Sie den fast ein Jahrzehnt andauernden rechtswidrigen Zustand der Besoldung / Versorgung beenden?

Bankverbindung

Wiesbadener Volksbank

IBAN DE70 5109 0000 0006 7840 03

BIC WIBADE5W

Sind Sie gewillt, nach Regierungsübernahme einen diesbezüglichen Nachtragshaushalt zu verabschieden?

Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Die hessischen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sind in diesem Punkt im Bund- / Ländervergleich abgehängt.

Werden Sie nach Regierungsübernahme die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage unmittelbar wieder einführen?

Sind sie gewillt, die hessische Polizeizulage dem Bund anzupassen und für alle Bestandpensionäre ebenfalls zu erhöhen?

Beihilfe

Trotz entsprechender Forderungen der GdP wurden im Beihilferecht keine substantiellen Verbesserungen vorgenommen. Eine zeitnahe Bearbeitung der Beihilfeanträge ist aus personellen Gründen bei der Beihilfestelle nicht gewährleistet. Immer mehr Beihilfeberechtigte warten wochen- / monatelang auf finanzielle Rückvergütung.

Sind Sie gewillt nach Regierungsübernahme folgende Verbesserungen im Beihilferecht vorzunehmen:

Umsetzung von direkten Abrechnungen stationärer Leistungen mit der Beihilfestelle?

Erhöhung des Bemessungssatzes von Versorgungsempfängern auf pauschal 70 v. H.?

Gewährung einer Pauschale von 50 v. H. des Krankenkassenbeitrags von freiwillig gesetzlich Versicherten unter Beibehalt der Sachleistungsbeihilfe?

Tarifverhandlungen

Zitat des hessischen Innenministers „Hessentarif wird turnusgemäß an TdL vorbeiziehen“.

Dies bildet für uns die Grundlage für die anstehenden Tarifverhandlungen in Hessen.

Im Polizeibereich sind 90 % der Beschäftigten in den unteren Stufen der Entgeltordnung eingruppiert. Die aktuellen Eingruppierungen der Polizeibesetzten sind nicht mehr zeitgemäß.

Wir fordern zentrale Anpassungen und Aktualisierungen der Arbeitsplatzbeschreibungen, die in Folge Höhergruppierungen nach sich ziehen müssen.

Wie wollen Sie dies nach der Landtagswahl umsetzen?

Landesticket

Nach der Einführung des bundesweit gültigen 49-Euro-Deutschlandticket haben die hessischen Beschäftigten, die über das Landesticket verfügen, die berechtigte Forderung auch ihr Landesticket bundesweit zu nutzen.

Unsere Versorgungsempfänger und Rentner sind von der Nutzung des Landestickets ausgeschlossen.

Sind Sie gewillt nach Regierungsübernahme die bundesweite Nutzbarkeit des Landestickets für ALLE herzustellen?

Attraktivitätssteigerung für Polizeibeschäftigte

Die hessische Polizei ist als Arbeitgeber im Vergleich der Länderpolizeien und den Polizeien des Bundes abgehängt. Dies bedeutet, dass nicht genügend geeignete Bewerber/innen als angehenden Polizeinachwuchs gewonnen werden können.

Eine Attraktivitätssteigerung ist unerlässlich.

Sind Sie gewillt nach Regierungsübernahme

- *Nach über 20 Jahren eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit vorzunehmen?*
- *Mehreinstellungen / Personalmehrungen von mindestens 2000 PVB vorzunehmen?*
- *Die Gesundheitsförderung für Polizeibeschäftigte auszuweiten und zu ermöglichen?*
- *Die Studien- und sozialen Rahmenbedingungen für Polizeistudierende zeitnah deutlich zu verbessern?*

Mit freundlichen Grüßen

Jens Mohrherr